

Studienbogen 17:

Die Prozessvoraussetzungen

1. Verfahrensvoraussetzungen

i. w. S. sind Umstände, von denen die Zulässigkeit des ganzen Verfahrens oder gewisser Verfahrensabschnitte abhängt, z. B. Zuständigkeit des Gerichts, Vorliegen eines Strafantrags, Unterfallen des Beschuldigten unter die deutsche Gerichtsbarkeit usw. Sie sind von den objektiven Bedingungen der Strafbarkeit zu unterscheiden;

2. Die einzelnen Prozessvoraussetzungen

a) Aburteilungsbefugnis des Gerichts

aa) Unterfallen des Beschuldigten unter die **deutsche Gerichtsbarkeit** (§§ 18, 19 GVG).

bb) **Fehlen beschränkender Auslieferungsbedingungen**. Hat eine ausländische Macht einen Beschuldigten der deutschen Gerichtsbarkeit ausgeliefert (sog. Einlieferung) und dabei die Verwertung der Rechtshilfe an eine Bedingung geknüpft, so ist diese im inländischen Verfahren zu beachten, § 72 IRG.

cc) **Zulässigkeit des Strafrechtsweges** (§ 13 GVG); nach § 82 OWiG kann ggf. auch eine Ordnungswidrigkeit im Strafverfahren abgeurteilt werden.

b) Sachliche und örtliche Zuständigkeit des Gerichts.

aa) Seine **sachliche Zuständigkeit** hat das Gericht grundsätzlich in jeder Lage des Verfahrens von Amts wegen zu prüfen (§ 6 und dazu BGHSt 40, 120, 122; 44, 34, 36; 45, 58, 59). Wird z. B. die Klage beim AG erhoben und hält der Strafrichter die Zuständigkeit eines Gerichts höherer Ordnung für begründet, so legt er die Akten durch Vermittlung der StA diesem Gericht zur Entscheidung vor (§ 209 II); umgekehrt kann das höhere Gericht (z. B. LG) unmittelbar vor jedem von ihm für zuständig gehaltenen Gericht niedrigerer Ordnung (AG) in seinem Bezirk das Hauptverfahren eröffnen (§ 209 I).

bb) Die **Zuständigkeit besonderer Strafkammern** i. S. d. § 74 e GVG prüft das Gericht nur bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens von Amts wegen, danach nur noch auf Einwand des Angekl., der diesen jedoch nur bis zum Beginn seiner Vernehmung zur Sache (vgl. § 243 V) geltend machen kann (§ 6 a).

cc) Zur Prüfung der **örtlichen Zuständigkeit** s. § 16.

dd) Wenn das Gericht seine **Zuständigkeit zu Unrecht angenommen** (z. B. den fristgerecht vorgebrachten Einwand der örtlichen Unzuständigkeit zu Unrecht zurückgewiesen) hat, so ist ein absoluter Revisionsgrund gegeben (§ 338 Nr. 4).

c) Verfolgbarkeit der konkreten Sache

aa) Die Sache muss noch „unberührt“, d. h., sie darf noch nicht anderweit rechtshängig oder rechtskräftig entschieden sein (Gebot des „ne bis in idem“).

bb) Die Strafverfolgung darf **nicht verjährt** sein. Die früher h. L. hat die Verjährung teils als materiellrechtlichen Strafaufhebungsgrund, teils als Strafaufhebungsgrund und Verfahrenshindernis (sog. „gemischte Lehre“) betrachtet. Nach der neueren Lehre und Rspr. (BGHSt 50, 138, 139 f; BVerfG NSTZ 00, 251) wird überwiegend ein rein prozessrechtlicher Charakter der Verjährung angenommen

- cc) Die Strafverfolgung darf nicht durch eine gesetzliche **Amnestie** ausgeschlossen sein.
- dd) Es müssen ordnungsgemäße **Anklage** und **Eröffnungsbeschluss** vorliegen.
- ee) Ein etwa erforderlicher **Strafantrag** oder eine behördliche **Ermächtigung** (z. B. § 194 IV StGB) müssen vorliegen.

d) Verfolgbarkeit des Angeklagten

aa) Der Angeklagte muss leben und verhandlungsfähig sein.

Verhandlungsfähigkeit bedeutet die Fähigkeit des Beschuldigten, seine Interessen vernünftig zu vertreten, seine Rechte zu wahren und seine Verteidigung in verständiger und verständlicher Weise zu führen, ähnlich BGHSt 41, 16, 18

Gefährdet die Durchführung der Hauptverhandlung wegen der damit verbundenen Anstrengungen das Leben des Beschuldigten oder ist ernstlich zu befürchten, dass er durch sie irreparable Gesundheitsschäden erleiden würde, gebietet Art. 2 II 1 GG auf Grund einer Kombination von Unschuldsvermutung und Verhältnismäßigkeitsprinzip die Einstellung des Verfahrens (BVerfGE 51, 352). Ist ein Beschuldigter nur vorübergehend verhandlungsunfähig, so stellt das Gericht das Verfahren **zeitweilig** ein (§ 205); ist mit einer Wiederherstellung der Verhandlungsfähigkeit nicht zu rechnen, wird das Verfahren **endgültig** eingestellt (BGH StV 96, 250). Umstr. ist dagegen der Fall, dass der Angekl. mit hoher Wahrscheinlichkeit das Urteil nicht mehr erleben wird. Nach der Rspr. gebietet die Menschenwürde dann ebenfalls eine Einstellung des Verfahrens; auf die Frage, ob der Angekl. noch verhandlungsfähig ist, soll es dabei nicht ankommen (Fall Honecker). *BerlVerfGH* NJW 93, 515 ff.;

bb) Der Angeklagte muss, soweit nicht eine gesetzliche Ausnahme eingreift, **anwesend** sein (§ 230; aM BGHSt 26, 84.

cc) Der Angeklagte darf nicht durch seine **Immunität** als Abgeordneter (Art. 46 II, IV GG) der Strafverfolgung entzogen sein

e) In neuerer Zeit wird in zunehmendem Maße versucht, aus staatlichen Verstößen gegen rechtsstaatliche Grundsätze übergesetzliche Verfahrenshindernisse abzuleiten – etwa in Extremfällen einer von der Justiz verschuldeten überlangen Verfahrensdauer. Der **Verwirkungsgedanke**, der dafür eine systematische Basis bilden könnte, passt eigentlich nur zum angloamerikanischen Parteiprozess. Die Rspr. favorisiert statt dessen die sog. **Strafzumessungslösung** (bei der überlangen Verfahrensdauer und beim unzulässigen Lockspitzeinsatz), an deren Stelle drei andere Rechtsfolgen stark in Betracht kommen: die Sicherstellung der Bestrafung der rechtsstaatswidrigen Ermittlungshandlung im selben Verfahren durch notwendige **Verfahrensverbundung** ex constitutione; die Verneinung des materiellen Unrechts vom Staat provozierter abstrakter Gefährdungsdelikte (zB beim Lockspitzeinsatz); oder die Annahme eines Beweisverwertungsverbots. Dagegen muss bei **völkerrechtswidriger Entführung** eines Beschuldigten aus dem Ausland durch die deutsche Polizei ein Verfahrenshindernis angenommen werden (and. *BVerfG* NStZ 86, 178, 468; 95, 95, dagegen *Schünemann*, Pötz-FG, 1993, 215).

3. Fehlt eine Verfahrensvoraussetzung

(oder liegt ein **Prozesshindernis** vor), so ist das Verfahren unzulässig; eine Sachentscheidung kann nicht ergehen; das Verfahren ist daher durch Einstellung zu beenden. Die Einstellung geschieht im Ermittlungsverfahren durch Einstellungsverfügung des StA, nach Erhebung der Klage durch gerichtlichen Beschluss (§§ 204, 206 a); zeigt sich die Unzulässigkeit erst in der Hauptverhandlung, so ist das Verfahren durch Urteil einzustellen (§§ 206 a, 260 III). Wenn mit der Behebung des Verfahrenshindernisses gerechnet werden kann (z. B. bei Verhandlungsunfähigkeit des Beschuldigten), so erfolgt nach Erhebung der Klage gem. § 205, eine nur vorläufige Einstellung.